

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	23.06.2015	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Mögliche Auswirkungen der Tarifeinwanderung im Sozial- und Erziehungsdienst auf den Personalaufwand

Sachverhalt:

Wie bekannt, finden zurzeit die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst statt, bei denen seitens der Gewerkschaften eine generelle höhere Eingruppierung in die Entgeltgruppen gefordert wird. Die Verhandlungen wurden am 21. April 2015 abgebrochen. Nach entsprechenden Urabstimmungen haben die Gewerkschaften sodann mit einem unbefristeten Streik begonnen. Dieser Streik begann am 11.05.2015. Am 05.06.2015 wurde ein Schlichtungsverfahren vereinbart, bei dem der Streik zunächst ausgesetzt ist. Ein Schlichterspruch soll bis zum 22. Juni 2015 vorliegen. Danach werden voraussichtlich am 24. Juni 2015 die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen.

Während des Streiks sind für die streikenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Personalaufwendungen zu zahlen. In welcher Höhe insgesamt Personalaufwand damit eingespart wird, kann erst einige Zeit nach Beendigung des Streiks und nach Eingabe der entsprechenden Daten in das Abrechnungssystem festgestellt werden. Nach einer überschlägigen Schätzung könnten dies pro Streiktag rund 30.000 Euro sein.

Aus dem Tarifabschluss wird sich auf jeden Fall ein höherer Personalaufwand als kalkuliert ergeben. Inhalt des Tarifkonflikts ist eine höhere Eingruppierung als bisher. Einkalkuliert in den Personalaufwand 2015 ist die generelle lineare Tarifierhöhung für alle Tarifbeschäftigten von 2,4 Prozent ab dem 01.03.2015.

Da ein Tarifergebnis noch nicht vorliegt und für die Dauer des Schlichtungsverfahrens Vertraulichkeit vereinbart wurde, können die Auswirkungen aus dem zu erwartenden Tarifabschluss auch nur schätzweise benannt werden. Seitens der Arbeitgeber ist den Gewerkschaften am 28.05.2015 ein Angebot unterbreitet worden, dass differenzierte neue Einstufungen vorsieht. Eine hieraus abgeleitete Schätzung für die Stadt Bielefeld hat einen zusätzlichen Personalaufwand von rund 0,5 Mio. Euro ergeben. Das Angebot der Arbeitgeber wurde von den Gewerkschaften ausgeschlagen. Deshalb ist von einem höheren Mehraufwand auszugehen. Bei weiteren ca. 50 Prozent zusätzlich anfallenden Kosten ergibt sich ein Betrag von rund 0,75 Mio. Euro pro Jahr.

Aus den voraussichtlichen einmaligen Einsparungen im laufenden Haushaltsjahr 2015 für den

Streik könnte diese Mehrbelastung gedeckt sein. Ergibt sich hieraus keine entsprechende Deckung, muss bereits jetzt darauf hingewiesen werden, dass zum Jahresende eine entsprechende Nachbewilligung erforderlich ist.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.